

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig,
Raben & Comp. Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsamt:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringen zum monatlich 6,00 M., durch die Post
vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Tel. 25 261.
Erscheinungsdauer: wöchentlich von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10, Tel. 25 261.
Verlagszeit: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Kopfzeile 200 M., Familienanzeigen
150 M., die 3-spaltige Kopfzeile 60 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Er-
mäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur
Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 30 Pf.

Nr. 230

Dresden, Montag den 4. Oktober 1920

31. Jahrg.

Zum ersten Betriebsräte-Kongress!

Das Betriebsrätegesetz ist Kampfboden! Mit diesen Worten schließt einer der Leitenden, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund aufgestellt hat. Diese vier Worte führen uns gleich mitten hinein in den Geist, der den ersten Kongress beherrschen wird. Kampf! Kampf um die Organisation, um die Form, um die Idee. Fortsetzung der Erschütterungen, die wegen des Betriebsrätegesetzes durch die Arbeiterbewegung gehen, die mit dem 9. November begonnen haben und in denen der blutige Nachmittag vor dem Reichstag eine Rolle war. Der erste Kongress, der vom 5. bis 7. Oktober in Berlin zusammentritt, hat sich also nicht bloß mit der Organisation zu beschäftigen. Darüber können sich die 1100 Delegierten, die da zusammenkommen, bald einigen. Es wird in der „Neuen Welt“ ein Ringen um die höchsten Güter der Arbeiterbewegung stattfinden, um die Seele des Proletariats, um seine Kampfkraft, um alle liebgeordneten Organisationsrichtungen, um Neues, das da werden will.

Verschiedene Richtungen streiten um die Palme. Auf der einen Seite die Betriebsrätezentrale in Berlin, die seit Wochen im „Arbeiter-Rat“ die Stimmung für die Tagung vorbereitet. Der reine Rätegedanke will ja als Ziel die Betriebe politisieren, er will ferner die gesamte Produktion in die Hand nehmen und die Sozialisierung aller Gewerbe durchsetzen. Das geht natürlich weit über die heutigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus; dessen ungeachtet tritt die Rätezentrale mit ihrem Entwurf diesen Zustand — gegen die Gewerkschaften, die in der Sache nicht, also im Ziel, auch weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinauswollen, nur eben mit dem Unterschied, daß der Gewerkschaftsbund mit beiden Füßen auf der Erde bleibt und an Bestehendes anzuknüpfen will.

Das Betriebsrätegesetz soll der erste Schritt sein zur Demokratisierung der Wirtschaft, die Vorstufe zur Sozialisierung. Diesen Gedanken hat der Gewerkschaftsbund vom Münchener Gewerkschaftskongress bis zur Stunde konsequent durchgeführt. Das kommt noch zuletzt in den Richtlinien zum Kundendruck, die eine Konferenz der Gewerkschaftsführer im Juli 1920 aufstellte, wobei auch die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) beteiligt war. Dort heißt es unter anderem: Das Betriebsrätegesetz ist als Kampfboden zur Verwirklichung des vollen Mitbestimmungsrechts in den Betrieben und zur Vergegenständlichung der Produktion anzusehen. Im derzeitigen Betriebsrätegesetz bleiben weite Kreise der in den Betrieben tätigen Arbeitnehmer völlig unberücksichtigt. Schon diese Tatsache bedingt ein inniges Zusammenarbeiten von Betriebsoblen und Gewerkschaften. Die Konferenz schließt die dringende Aufgabe der Betriebsräte in der Einbeziehung in die Warenherstellung und Warenverteilung, der Ausgestaltung der Geschäftsführung nach einheitlichen Gesichtspunkten, der Lösung der sozialen und Berufsfragen, der Durchführung von volkswirtschaftlicher Ausbildung der Betriebsräte.

Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, in den einzelnen Betriebsrätezentralen das Material der einzelnen Fabrikgruppen zu sammeln und einheitlich zu bearbeiten, das heißt die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zusammenzustellen, Kommissionen zu wählen für soziale und Berufsfragen, für Sozialpolitik und für die Produktion betreffende Angelegenheiten und für Wirtschaftspolitik. Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabenkreis ist ein getrenntes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig undenkbar. Nur das engste Zusammenwirken beider Teile der Arbeiterbewegung kann zum Erfolg führen. Je gründlicher die Arbeiter und Angestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eindringen und je sachkundiger sie dem Unternehmer entgegentreten, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse.

Zum Grundsätzlichen kommt dann die Organisationsform, um die ebenfalls harte Kämpfe entbrennen werden. Hier wird der Versuch wiederholt werden, die Gewerkschaften anzuknüpfen und den Betriebsrat als den allein maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Faktor zu bestimmen. Das würde natürlich völlige Abkehr bedeuten von den Gewerkschaftserfahrungen. Die Gewerkschaften müssen in dieser Hinsicht aber hart bleiben, sie dürfen sich die Zusammenfassung der Betriebsräte nicht aus der Hand nehmen lassen, nur sie allein für wichtige Entscheidungen wirtschaftspolitischer Art zuständig sein, keine politische Partei, keine Nebenorganisation. Sobald die wirtschaftlichen Bedingungen sich wieder ändern, werden die Lohnkämpfe mit neuer Schärfe ausbrechen, da gehören Betriebsräte und Gewerkschaften zusammen. Die politischen Räte würden wirtschaftliche Anträge bringen, besonders die Arbeiterklasse würde durch sie beherrscht. Das russische Beispiel warnet uns. Die Aufgabe der Betriebsräte zu organisieren, ist schwer. Es muß versucht werden, hier das Gesetz zu korrigieren und dem Unternehmer eine starke Organisation gegenüberzustellen. Das Gesetz gibt den Betriebsräten nur wenig Nachmittel; die gewerkschaftliche Betriebsrätefront muß ihnen den Rücken stärken. Die Demokratisierung der Wirtschaft, die Sozialisierung der Produktion sicher zu erreichen. Der Plan, den der Allgemeine Gewerkschaftsbund aufgestellt hat, beweist die Größe der Aufgabe, so leicht kann da durch solche Wege eine Arbeiterorganisation nachteilig bringen. Die Vorschläge halten aber eine sichere Mittellinie ein, wir sind überzeugt, daß sie eine überwältigende Mehrheit finden, trotz sozialistischen Verleumdungen, die sich in Berlin ausbreiten werden.

So darf man den drei Tagen, die für den Kongress vorzuziehen sind, mit großer Spannung entgegensehen. Wir wollen hoffen, daß es gelingt, ein festes Fundament für den sozialistischen Aufbau der Zukunft zu gründen und zu sichern.

Die Brüsseler Konferenz und Frankreichs Imperialismus

Berlin, 4. Oktober. In einer Besprechung der Brüsseler Konferenz schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Die Konferenz sei nicht die Konferenz der Demokratie gewesen, aber auch nicht die Konferenz, wo Deutschland eine neue, in Frankreich mißfallende Zusammenarbeit mit Appellen an Europa gegen seine Mitglieder anstimmte. Europa müsse beruhen, sich selbst zu helfen. Deutschland brauche Hilfe; deshalb müsse es den geordneten politischen Verhältnissen in welchem Maße Rechnung tragen. Frankreich sei die größte Kontinentalmacht geworden. Es verlaufe durch sein Bündnis mit Belgien seine große Politik im Osten, auf dem Balkan und gegenüber England auch da zu stabilisieren, wo Rudowik XIV., Nischen und Napoleon es vergeblich unternahmen.

Die Ursache über den französischen Plan liegt auf Europa wie ein Alp. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist furchtbar. Wo bleibe die Ausführung der Versprechen bezüglich der Reparationen und der Abfederung von dort her bezüglich der Konferenz in Genf? Deutschland werde loyal sein bis zum äußersten; aber das deutsche Volk erwarte von seinen Regierungen, daß sie Frankreich von seinem eigenen richtigeren Vorgehen überzeugen würden. Eine Nation müsse leben können, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wolle. Deutschland sei unmittelbar vor dem Ruin; wo sich kein aber Nichtsein entscheidet. Die Verhandlungen mit Frankreich würden zeigen, ob man dort die Wahrheit dieser Tatsache verstehe.

Um den russisch-polnischen Frieden

Warschau, 4. Oktober. Der stellvertretende Ministerpräsident Daszinski wird nach Warschau reisen, um dort in die Friedensverhandlungen entscheidend einzugreifen. Man setzt ja der Ansicht, daß ein günstigeres Ergebnis bereits in den nächsten Tagen erzielt werden dürfte. Nachdem der polnische Außenminister Sobieski auf eine direkte Anfrage des russischen Gesandten erklärt hat, daß die polnischen Truppen keinerlei Abzug haben, bilna zu befragen, fällt einer der beiden wichtigsten Punkte der neuen Moskauer Korrespondenz weg. Man hofft, daß Rußland dafür von seiner zweiten Forderung der Volksabstimmung in Ostpolen Abstand nehmen werde. An dieser amtlichen Stelle wird erklärt, daß Polen unter keinen Umständen auf eine Volksabstimmung in Ostpolen eingehen werde. Heute abend reist die polnische Militärkommission nach Warschau, die an der tatsächlichen Festlegung der Demarkationslinie für den Westteil Polens teilnehmen soll. Das wird als Beweis angesehen, daß man polnischseits den Abbruch des Waffenstillstandes und Präliminarfriedens als unmittelbar bevorstehend ansieht.

Die Korridorfrage

Warschau, 4. Oktober. Der Außenminister im polnischen Außenministerium reist heute im Auftrag seiner Regierung nach Paris, um dort an den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Korridorfrage teilzunehmen. In einer Unterredung erklärte er, daß man polnischseits eine günstige Lösung dieser Frage binnen kurzem erwarte.

Das Sozialisierungsproblem im Kohlenbergbau

Wir haben bereits einen Brief von Bissel über die Frage der Sozialisierung im Kohlenbergbau gebracht. Jetzt hat sich im Vorwärts Genosse Heinrich Strödel in einem Aufsatz geäußert, den wir nachstehend folgen lassen.

Zu den Vorschlägen der Sozialisierungskommission, wie sie jetzt in Vorschorn vorliegen, ist zunächst eine nicht unwichtige Feststellung nötig: Bisher sprach man immer von einem Mehrheits- und einem Minderheitsbericht. Nach dem offiziellen Bericht aber gab es keine Mehrheit und Minderheit, sondern zwei genau gleichstarke Gruppen, die je einen besonderen Vorschlag unterbreiteten, einen, der die „Vollsozialisierung“ des Bergbaus empfiehlt, und einen, der für die Uebergangszeit von einem Rentendaltoner das Eigentumsrecht der Bergwerksbesitzer beibehalten wissen will. Die Differenz zwischen beiden Vorschlägen erweist sich so groß, daß es bedenklich ist, daß fünf von den elf Anhängern der Vollsozialisierung erklärten, sie würden im Falle der Nichtannahme ihres Vorschlages auch dem Vorschlag der anderen Gruppe beitreten.

Man könnte freilich einwenden, daß die beiden Vorschläge im Grunde gar nicht so sehr voneinander abwichen, in der Hauptsache, der Form der gemeinsamen wirtschaftlichen Organisation, stimmten sie ja überein. Beide gingen von der Ueberzeugung aus, daß die bisherige gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaus sich nicht bewährt habe und daß dem Privatkapital in der Montanindustrie das freie Verfügungsrecht entzogen werden müsse. Sowohl der Entwurf für Vollsozialisierung (Antrag I), wie der Antrag II, der die Entzweiung der Vorkasse erst für eine spätere Zeit vorsehe, wollten ja die technische und wirtschaftliche Oberleitung des Bergbaus einer ganz gleichartigen Instanz übertragen, dem Reichskohlenrat, einer kollektiven Körperschaft, die sich aus Betriebsleitern, Angestellten und Arbeitern der zu schaffenden Kollegen-Gemeinschaft sowie aus Vertretern der Konsumenten und des Reiches zusammensetzen sollten. Auch nach dem Vorschlag II werde jede selbständige Betriebs- und Preispolitik der — im Grunde nur noch nominellen — Vorkasse aufhören. Denn der Reichskohlenrat übernehme die Funktionen eines Zentralinstitutes, an das die gesamte Kohlenherzeugung zum Selbstkostenpreis abzuführen sei. Die Bilanzen und

Ablieferung der deutschen Kriegsschiffe

Eigene Drahtmeldung
Paris, 4. Oktober. Der Matin meldet: Die Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe an die Alliierten wird fortgesetzt. Weiterhin kam in Zirkel von North eine Anzahl deutscher Schiffe an, darunter fünf Kreuzer. — Die Schiffe sollen Ländern, die erst in zweiter Linie Kriegführender waren, zur Verfügung gestellt werden, wie Brasilien, Chile und Polen.

Frankreich und Deutschland

Eigene Drahtmeldung
Paris, 4. Oktober. Der Paris-Morgen schreibt: Die Rückkehr des französischen Vizepräsidenten Laurier nach Berlin fällt beinahe mit dem Empfang des deutschen Reichsarchivars Ranner durch den neuen Reichspräsidenten zusammen und wirft die Frage der Handelsbeziehungen mit Deutschland auf. Diese Frage fällt in zwei Teile: erstens die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen, die besonders in Bezug auf die Wiedervereinigung der getrennten Gebiete, die für den Export eine besondere Wichtigkeit haben, und zweitens die Wiederherstellung der zerstückten Gebiete.

Protest der tschecho-slowakischen Deutschen

Wien, 4. Oktober. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren der tschecho-slowakischen Nationalversammlung haben an den Völkerbund eine Petition gerichtet, in der sie zunächst gegen die Einverleibung von sechs Millionen Deutschen in die tschecho-slowakische Republik protestieren. Sie sagen dann vor aller Welt die tschecho-slowakische Republik an, daß sie in den letzten Jahren ihres Bestehens, getrieben auf eine nationalsozialistische Beamtenbesetzung und auf die Gewalt der Majorität in Gesetzgebung und Verwaltung brutale Tschechisierungspolitik betrieben, jede wirkliche Demokratie, alle nichttschechischen Bürger in rassistischer Weise unterdrückt und jedes Einfließen auf die Leitung des Staates verhindert hat, so daß sie einen Ort der Reaktion und eine dauernde Gefahr für die tschechische Fortentwicklung Mitteleuropas darstellt. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren rufen daher an den Rat des Völkerbundes die Bitte, die tschecho-slowakische Regierung zur Durchführung ihrer im Vertrag von St. Germain übernommenen Verpflichtungen zu veranlassen und eine unparteiische, internationale Kommission in die Tschecho-Slowakei zur Prüfung der Beschwerden des deutschen Willensvolkes zu entsenden.

Die Abstimmung über den Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks

Eigene Drahtmeldung
London, 4. Oktober. Bei der gestrigen Abstimmung haben 830 000 Arbeiter für und 400 000 gegen den Ausbruch des englischen Kohlenarbeiterstreiks gestimmt. Der endgültige Beschluß über die Erklärung des Streiks ist am 16. Oktober zu erwarten.

Kostenberechnungen aber würden der peinlichsten Nachprüfung unterworfen. Betriebsveränderungen und Betriebsverbesserungen seien von der Zustimmung des Reichskohlenrates abhängig und Stilllegungen und Zusammenlegungen einzelner Betriebe könnten nur von ihm angeordnet werden oder bedürften doch seiner Einwilligung. Der Reichskohlenrat sei dergetalt der faktische Träger der gesamten Kohlenwirtschaft, dem die Einzelunternehmungen als reine Verkaufsstellen angegliedert seien, die lediglich die Güterbewegung und den Verkehr mit den Verbrauchern nach Weisung des Reichskohlenrats zu besorgen hätten. Der Gewinn werde aber gleichfalls vom Reichskohlenrat festgesetzt werden und für die Unternehmer außer einer angemessenen Verzinsung des im Betrieb investierten Kapitals nur Prämienvergütungen für Mehrerzeugung und Erzeugnisverbilligung enthalten. Der Unterschied gegenüber dem Vorschlag I bestünde nur darin, daß dieser sofort auch das formale Eigentumsrecht der Unternehmer ausschaltete und auf einen einheitlichen Wirtschaftsförderer, die deutsche Kohlen-Gemeinschaft, übertragen wolle, der dann durch seine Organe, den ausführenden Reichskohlenrat und das den eigentlichen Betrieb leitende Reichsdirektorium, die Verwaltung des deutschen Bergbaues durchführen solle. Die Organisationsform erleide dadurch in ihrem Unterbau gewisse Abweichungen, der soziale Nacheffekt sei in beiden Fällen der gleiche: den Bergwerksbesitzern sei jede Vereinerungsmöglichkeit auf Kosten der Allgemeinheit beseitigt, sowohl die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten, wie die Ausbeutung der Konsumenten durch eine gemeinschaftliche Preispolitik. Auch die Verwirklichung des Vorschlages II sei ein gewaltiger Fortschritt auf dem Wege zur Vollsozialisierung.

Wir ziehen den guten Glauben herer, die so argumentieren, nicht einen Augenblick in Zweifel, glauben jedoch, daß sie das Opfer einer verhängnisvollen Täuschung werden würden. Denn die Frage der Ausgestaltung oder Verbeibaltung des privaten Eigentums im sozialisierten Bergbau ist keineswegs eine minder wichtige organisatorische Frage, sondern der Ausgangspunkt der ganzen Frage. Man muß fürchten, daß der ganze Sozialisierungsplan mit einem vollen Mißerfolg enden wird, wenn die Industrielleiter durch Konvertierung des Besitzrechts von vornherein in eine